

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.  
Verlagskonto Nr. 58 888. „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“ Breslau.  
Fernsprech-Anschluss: Mina Nr. 8887.

Donnerstag, 24. November 1921

Anzeigenpreise: Die 8spaltige Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familienanzeigen, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 8spaltig oder deren Raum im Text 2.— Mk.

## Die Schande von Lichtenburg.

### Heraus mit unseren gefangenen Brüdern!

Das Drama des Hungersterbens in der eben-  
nischen „Schlüsselburg“ nimmt seinen Fortgang. Reichs-  
tag wie Landtag lehnen es ab, die Hungernden aus ihren  
Verzweigungsqualen zu befreien. Unser Appell an das  
proletarische Mitgefühl der sozialdemokratischen Minister,  
in den die gesamte Arbeiterschaft ohne Unterschied der  
Parteilugehörigkeit einstimmt, verhallt ungehört.  
Hart und grausam, wie einst der Blutzug und seine Scher-  
gen, überlassen sie kaltblütig 130 politische Gefangene in der  
Lichtenburg ihren schrecklichen Todesmartern des Hungers  
und der Verzweiflung, ja lassen sie sogar durch ihre Kom-  
missare zu diesen Todesmartern noch neue, unerhörte see-  
lische Marnen hinzufügen. Die brutale Gewalt, die die  
menschewistischen Führer mit pazifistischem Augenaufschlag  
angeblich so sehr verabscheuen, feiert ihre Orgien. Die 130  
ehrlichen Arbeiter von Lichtenburg, die dem Lebendig-  
begrabensein hinter Kerkermauern den Hungertod vor-  
ziehen, wenn sie nicht in Freiheit gesetzt werden, sollen  
sterben. Der sozialdemokratische Reichsjustizminister  
Dr. Radbruch sagt: „Ich denke nicht daran, vor dieser  
Demonstration zurückzuweichen!“ Er bezeichnet die gefan-  
genen Kommunisten als „seine offenen Feinde“ und seine  
sozialistischen Ministerkollegen lassen das zu. Die sozialde-  
mokratischen Minister, ehemalige Proletarier, wollen nichts  
von Solidarität mit den Hungerstreikenden wissen: sie er-  
klären dem revolutionären Proletariat, das aus den Ver-  
trieben Delegation um Delegation schießt und vor Lichtenburg  
für die Befreiung der hungernden Brüder demonstriert,  
ihre Lohndienstleistung. Die sozialdemokratischen Minister  
pfeifen auf den Willen der Arbeiter, sie pfeifen sogar auf  
den Willen ihrer eigenen Parteigenossen in den Betrieben.  
Sie fühlen sich als die Urteilsvollstreckter der Klassenjustiz,  
der häßlichen, mordgierigen Bourgeoisie!

Inzwischen sind am Sonnabend die Vertreter  
des Reichsjustizministeriums und des preußi-  
schen Justizministeriums, sowie der Kreisarzt und der  
Oberstaatsanwalt von Zörgau und ein Vertreter des Gene-  
ralstaatsanwalts von Raumburg in Lichtenburg ange-  
kommen. Die „Herren von der Kommission“, wie sie in  
Lichtenburg genannt werden, haben sich sofort an die Ar-  
beit gemacht. Dem Genossen Landtagsabgeordneten  
Schnecker, der am Sonnabend abend im Auftrag der  
in Mitteldeutschland gewählten Abgeordneten Informatio-  
nen über den Hungerstreik einziehen wollte, wurde von der  
Kommission der Besuch der hungernden Gefangenen ver-  
weigert. Doch gelang es ihm, wenigstens die etwa 30  
Hungerstreikenden, die vollkommen erschöpft und vor Frost  
zitternd und kauernd bei Nacht und Nebel unter Be-  
leitung von Sipolanten auf drei Autos nach den aus den  
Märztagen beschlagnahmten Fort Zinna geschafft wurden, zu  
sehen und zu sprechen.

„Freiheit oder Tod!“ — Dieser Smaers verreden  
als lebendig begraben! — „Wären wir Millionäre — hätten  
wir nur hunderttausend Mark, dann wären wir längst frei!“  
— „Die Kappverbrecher laufen in Orden und Ehrenzeichen  
herum!“ — „Wir bleiben fest!“ — „Grüße meine  
Mutter, meinen Bruder, sie sollen nicht weinen...“

Das sind einige Sätze, die die Hungernden unserem  
Genossen zuriefen.

Die Kommission hat ihr geplantes Werk vollbracht,  
um die verweirte Energie der Hungernden zu brechen.  
Die 130 politischen Gefangenen, die in zwei Sälen zu-  
sammenlauernd, sich gegenseitig stützten, zum Aushalten er-  
muntern konnten und sich durch das Band echt proletari-  
scher Solidarität verbunden fühlten, wurden auseinander  
gerissen. Nach unseren Feststellungen handelt es sich um  
100 Verheiratete und 25 ledige proletarische Kämp-  
fer, die Ernährer von rund 300 Kindern sind und etwa 18  
Eltern zu unterstützen haben. Die Gesamtzahl, die sie noch  
zu verbüßen haben, beträgt

### 522 Jahre 8 Monate Zuchthaus.

Die offenbar aus offizieller Quelle stammenden Mit-  
teilungen des „Vorwärts“, das unter den Hunger-  
nden „eine rubige Auffassung Platz gegriffen“ habe und daß  
seine Lebensgefahr vorliege, ist falsch. Selbst der Ge-  
fängnisarzt sagt, daß mehrere Gefangene nicht getötet  
habe, sich behandeln zu lassen. Sie wollen nicht ein-  
mal Besuche empfangen und verweigern die  
Annahme von Briefen von ihren Angehörigen.  
Sie verweigern an der Solidarität ihrer Arbeits-  
brüder in den Betrieben und wollen lieber sterben, als im  
Zuchthaus langsam zugrunde gehen. Der Wille der  
Hungerstreikenden ist keinesfalls ge-  
brochen. Die, die nach Zörgau geschafft wurden, ver-  
weigern jegliche ärztliche Hilfe. Medikamente weisen sie  
zurück. Sie verweigern sogar Schlafmittel und Kampfer-  
spritzen.

Von der Festigkeit und dem Selbstennt der Hungern-  
den kann man sich einen Begriff machen, wenn man be-  
denkt, welchen Versuchungen sie ausgesetzt werden. Man  
bietet ihnen Wein und Cognac an. Sie nehmen  
nichts! Man stellte ihnen in der Nacht zum Sonnabend  
gute Vollmilch in die Zelle. Morgens ist sie unberührt.  
Drei Mann hatten sie beauftragt, darüber zu wachen, daß  
keiner der Versuchung erlag. Am Sonnabend morgen er-  
klärten sie der Anstaltsleitung einmütig, daß sie vom  
Montag an auch die Annahme von Wasser  
verweigern würden, wenn sie nicht frei kämen. Der  
Oberstaatsanwalt von Zörgau nennt das einen unerhörten  
Terrorismus, wie überhaupt der ganze Hungerstreik nur  
auf „Terrorismus einiger, die hetzen“, zurückzuführen sei.

Die Maßnahmen, die die Kommission in Lichten-  
burg durchgeführt hat und weiter anwendet, müssen als  
ungeheuerlich bezeichnet werden. Sie fügen  
bei den Gefangenen zu den Qualen des in ihren Eingeweiden  
wühlenden Hungers noch seelische Quäle-  
reien. Schon die Tatsache, daß derselbe Oberstaats-  
anwalt, der in den Sondergerichtsprozessen die mah-  
nigsten Hintersubjekte beantragte, jetzt den Straf-  
vollzug leitet, muß Groll und Erbitterung bei den  
Gefangenen auslösen, so oft sie ihn sehen. Dabei ist seit  
Ankunft der Kommission der Einfluß des Direktors, des  
Geistlichen und des Arztes der Anstalt vollkommen zurück-  
gebrannt. Makabrer ist jetzt der Oberstaatsanwalt  
von Zörgau, der Vertreter des Preussischen Justiz-  
ministers und der Kreisarzt von Zörgau, ein ausgewandter  
Reaktionär. Auf den Letzteren ist auch das Urteil von dem  
„nicht lebensbedrohlichen Zustand“ der Gefangenen zurück-  
zuführen.

Im Zuchthaus Lichtenburg hat die Sipol unter dem  
Kommando von zwei blutigen Offizieren die Bewachung  
übernommen. Auf den Gängen und vor den Türen der  
Zuchthauszellen stehen bewaffnete Sipolente Posten. Der  
direkte Verkehr mit den Gefangenen erfolgt zwar durch  
das Anstaltspersonal. Trotzdem ist aber die Gefahr der  
Gewalttätigkeiten der Sipolente gegen die politischen Ge-  
fangenen groß.

Gegen die Verwendung von Sipol zum Dienst in den  
Strafanstalten muß schärfer Protest eingelegt werden.

Die gefangenen Proletarier in der Lichtenburg und in  
Fort Zinna führen einen heroischen Kampf um ihre Be-  
freiung. Sie zweifeln an der Solidarität ihrer Brüder  
in der Freiheit. „Freiheit oder Tod“ ist ihre Losung.

Will die Arbeiterschaft ihre gefangenen Brüder ver-  
zweifeln und Hungers sterben lassen? Nun und immer!  
Noch gibt es eine Solidarität unter der Arbeiterschaft der  
verschiedenen Parteirichtungen, wenn sie auch von sozial-  
demokratischen Führern und Ministern verlogen wird.  
Die proletarische Solidarität muß sich jetzt äußern in der  
Tat zur Befreiung der Helden hinter den Kerkermauern!  
Das deutsche Proletariat wäre wert, zugrunde zu gehen,  
wenn es den Mord an seine Helden tatenlos geschehen ließ!

### Das Martyrium der Angehörigen.

Lichtenburg, 22. November.

Auf die Nachricht vom Hungerstreik eilten am Sonntag  
die Angehörigen der Inhaftierten zahlreicher als sonst nach  
Lichtenburg. Alle wurden sie enttäuscht insoweit, als nicht  
einer der Hungerstreikenden die mitgebrachten Lebensmittel ab-  
nahm, sondern handhast zurückwies. Herzzerrende  
Szenen spielten sich ab, wenn den Angehörigen gesagt wurde,  
der Mann oder Vater sei nicht mehr in der Lichtenburg, son-  
dern abtransportiert. „Ihr wollt ihn mit „mischen“  
oder „Er ist schon tot, ihr wollt es mir nicht sagen“ und  
ähnliche Worte stießen die Angehörigen verzweiflungs-  
voll aus. In allen Wirtschaften sah man weinende, verzweifelte Müt-  
ter und Frauen sitzen. Die hier weilende Reichstagskom-  
mission will die Qualen als nicht so schlimm hinstellen, die  
Gefangenen jedoch sagten zu ihren Angehörigen, die Genossen,  
mit denen es am schlechtesten steht, seien abtransportiert. Eine  
Mutter mußte erfahren, daß ihr Sohn in völlig apathi-  
schem Zustand da liegt. Ein anderer sagte zu seiner Mut-  
ter: „Mutter, noch zwei Tage, dann hab ichs überstanden,  
seit Sonnabend nehmen wir auch kein Wasser mehr zu uns.“  
Es war ein Kranerzug, der sich am Abend nach dem Bahnhof  
in Dommitzsch bewegte. Selbst Gefangenendärter, die gewiß  
nicht sentimental sind, standen überwältigt vor jener Elend-  
und aber auch vor jener Heberzeugungsstrenge.

### Radbruch gegen die Amnestie. Die SPD-Arbeiter verjagen ihm das Vertrauen.

Berlin, 22. November.

Gestern ist in Berlin eine Delegation der Halle-  
schen Arbeiterschaft eingetroffen. Sie befehlt  
aus den Vertretern der Großbetriebe Reuter Straube in  
Halle, Werneburg & Co. in Neuhof bei Halle und Vertretern  
anderer Betriebe. Die Delegation fordert vom Justizminister  
die sofortige Freilassung der Lichten-  
burger Gefangenen und darüber hinaus die Frei-  
lassung der politischen Gefangenen über-  
haupt.

Die Delegation versuchte Zutritt zum Reichsjustizminister  
zu erlangen. Sie versuchte, telefonisch mit dem Reichs-  
justizministerium in Verbindung zu treten, erhielt aber  
vom Fernsprechanstalt die Auskunft, daß sämtliche  
Leitungen des Ministeriums „promis“ seien.

Berlin, 23. November.

Im Laufe des Vormittags erschienen aus dem ganzen  
Reiche die verschiedensten Deputationen von Großbetrieben, u. a.  
aus Halle, Leipzig und auch aus Berlin, die wegen der im  
Hungerstreik befindlichen Gefangenen bei dem Justizminister  
vorstellen wollten. Bekanntlich hatte der Minister es den  
Deputationen unmöglich gemacht, gestern im Justizministerium  
bis zu ihm vorzubringen. Der Minister befand sich im Unter-  
suchungsausschuß für das Gefängniswesen, der nach seiner Be-  
sichtigung von Lichtenburg das erste Mal zusammengetreten war.  
Die Delegationen erklärten ihren heftigen Unmut, daß es nicht  
gelingen sollte, den Justizminister zu sprechen.

Durch das Drängen der Delegationen sah sich Radbruch ge-  
zwungen, in eine Verhandlung mit diesen einzutreten. Die  
Delegationen erklärten, daß sie gewillt seien, wenn nicht die un-  
bedingte Amnestie aller politischen Gefangenen Tatsache würde,  
in den Generalstreik einzutreten.

Ein SPD-Mann erklärte dem Minister gegenüber, daß die  
bisher getroffenen Maßnahmen von sämtlichen gewerkschaft-  
lich organisierten Arbeitern als ungenügend empfunden würden.  
Die Delegationen waren zusammengesetzt aus Arbeitern aller  
Parteirichtungen.

Der Minister versich bei seinem Standpunkt, den er am  
Sonnabend im Reichstag bekanntgegeben hat. Für eine  
Amnestie könne er nicht eintreten, er könne aber versprechen,  
daß die Milliwärter der Bewegung unbedingt begnadigt würden  
und daß weiterhin die Strafen der tatsächlichen politi-  
schen Verbrecher nachgeprüft werden. Der Ausdruck  
politische Verbrecher löste den heftigsten Unmut der Delegationen  
aus. Es wird 3. Zt. noch verhandelt.

### Für die Amnestie.

### Die Düsseldorf Arbeiter für sofortige Freilassung

In einer riesigen Versammlung der Düssel-  
dorfer Arbeiterschaft wurde die Absendung des  
folgenden Telegramms an die Reichsregierung beschlossen:  
„5000 in der Turnhalle versammelte Arbeiter for-  
dern sofortige Freilassung der sich im Hunger-  
streik in Lichtenburger Gefängnis befindenden über  
100 Arbeiter und darüber hinaus eine Amnestie für  
alle Arbeiter, die politischer Verbrechen wegen  
verurteilt sind.“

Im Auftrage des Gewerkschaftsrates:  
Leunier.

### Protest der Arbeiter der Bergmann- Elektrizitätswerke Rosenthal.

Eine am Montag, den 21. November stattgefundene Be-  
triebsversammlung der Bergmann-Werke Rosenthal,  
welche sehr gut besucht war, nahm auf Antrag der SPD-  
Fraktion folgenden Antrag einstimmig an:

„Sie am 21. November im Lokal von Bohne tagende  
Betriebsversammlung der Bergmann-Werke Rosen-  
thal protestiert hiermit ganz entschieden gegen das Martyrium  
der politischen Gefangenen in Lichtenburg und verlangt ihre  
sofortige Freilassung. Sie erklärt sich ferner bereit, sofort in  
den Kampf einzutreten, bis sämtliche politischen Gefangenen  
befreit sind.“

### Resolution der Arbeiterschaft der Hüttenwerke Tempelhof A. Meyer.

Da die Paragraphen der Justiz nur noch gegen das  
Proletariat angewendet werden, während die Kapp-Verbrecher  
sich noch in voller Freiheit befinden, verlangen wir die so-  
fortige Freilassung aller politischen Ge-  
fangenen und fordern von sämtlichen Parteien  
und Gewerkschaften sofortige Aktivität her-  
beizuführen, da bereits Schups nach Lichtenburg abmarschiert ist,  
um den Hungerstreik mit Gewalt zu unterdrücken.



# Zwei Proben!

Immer mächtiger schwillt in der Arbeiterschaft der Ruf nach der revolutionären Sammlung des Proletariats an. Die Rot steigt täglich, ja stündlich. Die Empörung wächst in der Arbeiterschaft über die Schamlosigkeit der Klassenpolitik. Um die Lichtenburger Forderungen sammeln sich die Arbeiter ohne Unterschied der Parteien.

Seit Monaten wirbt die kommunistische Partei Deutschlands um den Zusammenschluß der Arbeiterschaft zur Abwehr der unmittelbar drückenden Not. Die Erfassung der Sachwerte, die Abwälzung der Kriegslasten von den Schultern der Beschäftigten auf die der Besitzenden wird von Tag zu Tag mehr der Kampftruf aller Arbeiter. Der ADGB hat, dem Drängen der Arbeiterschaft und der verweirten Lage Deutschlands nachgebend, diese Forderung, wenn auch in unzulänglicher Form, angenommen.

Die Stunde fordert die revolutionäre Sammlung der Arbeiterschaft.

Jetzt tritt das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei an die Arbeiterparteien, den ADGB und die Afa heran, um in gemeinsamer inner- und außerparlamentarischer Aktion die unmittelbaren Lebensnotwendigkeiten des Proletariats zu verwirklichen.

In den breiten Massen des Proletariats ist die Sammlung zum Kampfe sichtbar im Gange. Einzelskämpfe wollen sich zusammenschließen.

Dem Zusammenschluß der Arbeiterklasse steht entgegen der Zusammenschluß der Sozialdemokratie mit der Stinnespartei in Preußen und ihre Hörigkeit gegenüber den bürgerlichen Parteien im Reich. Die Sozialdemokratie läßt diese Politik der Hörigkeit gegenüber der Bourgeoisie und der Hemmung und Zersplitterung der Arbeiterschaft nur treiben, solange sie der stillen Unterstützung der Unabhängigen Partei sicher sind.

Die Entscheidung, ob unmittelbar ein Schritt vorwärts in der Vereinigung der Arbeiterschaft zum Kampfe getan wird, hängt also davon ab, ob die Unabhängige Partei weiter die mit Stinnes verbundene Sozialdemokratie unterstützen will, oder ob sie diese Unterstützung zurückzieht und dadurch Sozialdemokratie und Gewerkschaften zwingt, den Bund mit Stinnes zu lösen.

Der „Vorwärts“ stellt die Situation mit aller Klarheit dar. Er schreibt in seiner Sonntagsnummer zu den letzten Vorgängen im Preussischen Landtag und Reichstag, wo die Unabhängigen an der Seite der Kommunisten und der Arbeiterschaft standen:

„Wenn die Kommunisten die Arbeiterzersetzung beschreiben, so wundern wir uns nicht, das ist schließlich ihr Geschäft. Überantwortlich aber war das Verhalten der Unabhängigen, über das es in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nur eine Stimme der Entrüstung gibt. Die Unabhängigen müßten schließlich wissen, was sie wollen. Wenn sie den Austritt des Genossen Nabruck wollen, so können sie ihn haben, und wenn sie den Sturz der Regierung Wirth wollen, können sie ihn auch haben. Die Sozialdemokratische Partei wird sich das auf die Dauer nicht gefallen lassen, daß sie im Einverständnis mit den Unabhängigen alles tut, um als Regierungspartei Arbeiterinteressen zu vertreten und dafür Traben über ihren „Arbeitererrat“ an den Kopf geworfen bekommt. Sie ist gerne bereit, weiterzuwirken wie bisher, aber eine Politik mit doppeltem Boden auf ihre Kosten und zum Schaden der Arbeiterklasse wird sie sich nicht gefallen lassen. Lieber wird sie durch ihren Austritt aus der Reichsregierung eine Situation herbeiführen, in der die Arbeiterwähler selbst entscheiden können, welche Politik eigentlich geschrieben werden soll.“

Hier ist Rhodus, hier muß gelandet werden! Die Reichstagsauflösung ist nicht, was eine zum Kampf um die Interessen der Arbeiterschaft entschlossene Arbeiterpartei zu scheuen hätte. Im Gegenteil! Wird der Wahlkampf entschlossen geführt um die Entscheidung, ob die Beschäftigten oder die Besitzenden die Kriegslasten bezahlen sollen, ob Stinnes der Allgemeinheit die Pistole auf die Brust setzen soll, oder ob die Massen die Stinnes und Konsorten unter ihre Kontrolle und Gewalt bringen, so wird selbst dieser parlamentarische Weggang sicherlich nicht der Bourgeoisie und ihren Gefolgsleuten im Arbeiterlager nützen.

Hier fällt die erste Entscheidung für die USP.

Es ist aber nicht die ganze Entscheidung.

Unter dem Druck der Not und der politischen Bedrückung erhebt sich eine Welle der Arbeiteraktion um die andere. Die Proletariat, denen die schwarze Sorge um des Lebens Notwendigkeit auf dem Rücken sitzt, treten in Einzelaktionen ein, weil sie müssen. Sie können nicht mit gekreuzten Armen warten, bis in den Organisationsbüros der Wille zur Gesamtkaktion herangereift ist. Es ist nötig, diese Aktionen zusammenzufassen, sie einem Ziele zuzuführen. Aber es ist falsch, sie stillstehen zu lassen, bis der Generalkab sich entschließt, das Gezeck zu leiten. Das heißt den Gesamtkaktionen die Grundlagen entziehen. Die Gesamtkaktion kann nie mehr sein, als die Zusammenfassung, dem Umfang nach und die Vereinheitlichung der Ziele nach der elementaren Bewegungen, die elementar aus dem Proletariat hervorgehen.

Volle Klarheit: Diese elementaren Bewegungen müssen heißen, heißt die Gesamtbewegung abbrochen oder sich aus ihr anschießen.

Nicht sie warten bleiben, sondern ihre Zusammenfassung beschleunigen, das ist die allein mögliche Sammlung des Proletariats zur Aktion.

Keine parlamentarischen Anschläge und keine Kommissaraturen können die Aktion der Massen erleben. Alles, was parlamentarisch oder kommissarisch geschieht, das hat nur Leben und Wirklichkeit, inwiefern es von der Aktion der Masse ausgeht, erreicht wird.

Die nächste Zusammenfassung der elementaren Aktion der Massen: das ist die zweite Probe!

# Neue Hungerdemonstrationen in Groß-Berlin.

Berlin, 22. November.

Die Berliner „Kriegskasse“ schreibt: Die Lage der Hungernden wird immer verzweifelter. Weder bei der Groß-Berliner Magistrat noch beim Reichsausschuß in der Eisenbahnenverwaltung sind die Forderungen von 4-5 Millionen Mark als eine noch hinreichende Hilfe zu empfangen, noch hat er bisher die Forderungen nicht gemacht und die in einer letzten Sitzung beschlossenen 9 Millionen Mark zur Ausführung bringen lassen. Auch die Gewerkschaften sind bei dieser noch kein entscheidendes Wort gesprochen. Die Arbeiterklasse hungert und friert, sie sehen an Hungerdemonstrationen zugrunde. In dieser ihrer Hoff-

# Hungerstreik in Tegel.

Über hundert politische Gefangene, größtenteils aus Mitteldeutschland kommend, sind in der Strafanstalt Tegel infolge der unerträglichsten Leiden ihrer langmonatigen Gefangenschaft, heute morgen geschlossen in den Hungerstreik getreten. Man verweigert ihnen in den letzten Tagen die Aushändigung der „Roten Fahne“, da man die Rückwirkung der Lichtenburger Ereignisse befürchtet.

# Hungerstreik auch in Naugard.

Unserer Reichstagsfraktion ging folgender Brief zu: Strafanstalt Naugard, 21. November.

Werte Genossen und Genossinnen!

Angefaßt der Tatsache, daß die Genossen in der Sichteuburg in Hungerstreik getreten sind und wir derselben Meinung sind: 1. daß unsere Angehörigen dringenden Not leiden, 2. daß man nicht gewillt ist, uns zu amnestieren, 3. daß Volksgenossen, die sich dieselben Vergehen haben zuschulden kommen lassen (trotzdem diese Vergehen schon 1920 passiert sind) heute noch frei herumlaufen dürfen, sind wir unterzeichneten Genossen in den Hungerstreik getreten. Wir sind uns bewußt, welchen Weg wir gehen, und bitten davon Kenntnis zu nehmen. Wir erklären hiermit, daß sich diese Nahrungsverweigerung nicht gegen die Direktion richtet, wie oben ja angeführt. Wir bitten der SPD. dieses zu übermitteln.

nungslosen, verzweifeltsten Lage kann man Verständnis dafür haben, wenn sie bei der Anarchie und der Unfähigkeit des kapitalistischen Staates, zu helfen, zur Selbsthilfe, zum Mord an ihre Zuflucht nehmen, wenn auch dadurch der geschlossenen Arbeiterschaft der Arbeiterschaft nicht genügt, sondern geschadet wird. Ausführlich haben wir vor kurzem den Standpunkt unserer Partei zu den Verzweiflungsausbrüchen der Hungernden dargelegt, daß ihnen und der gesamten Arbeiterschaft nicht abgeholfen ist durch das Austräumen von Lebensmittelgeschäften. Falsch ist es unter allen Umständen, wenn einzelne verzweifelte Arbeiter durch das Austräumen von Lebensmittelgeschäften, ferner glauben, daß sie in Erwerbslosenversammlungen aufzufordern, „aus den Geschäften zu nehmen, was sie brauchen können“. So ist das heillosste am gestrigen Montag in den Sophienböden geschehen. Im Anschluß an diese Versammlung bildeten sich mehrere Trupps, um Lebensmittel- und Konfektionsläden zu plündern. Scheiben von Herrenartikelgeschäften in der Rosenstraße wurden eingeschlagen, Gde. König- und Albrechtstraße versuchten mehrere Trupps das Schuhwarengeschäft von Eißler auszuräumen. In der Königsstraße wurden die Scheiben der Konditorei von Gumpert zertrümmert, die Kunden teils mitgenommen, teils auf der Straße zertrümmert. Schupo begann eine blutige Jagd auf die Hungernden, von denen allmählich 60 verhaftet und nach dem Polizeipräsidium mittels Lastwagen transportiert wurden.

Angefaßt der sich von Tag zu Tag häufenden Verzweiflungsausbrüche muß endlich die gesamte Arbeiterschaft auf den Plan treten. Die Groß-Berliner Arbeiterschaft muß endlich mit der Faust auf den Tisch schlagen und wie ein Mann die Forderung der Erwerbslosen zu der ihrigen machen. Nicht nur der Groß-Berliner Magistrat muß von der gesamten Berliner Arbeiterschaft gezwungen werden, sofortige ansehnliche Beiträge zur Auszahlung zu bringen, die Kollegen in den Betrieben müssen neben allem anderen, was auf der Tagesordnung steht, über die sofortige bringende Hilfe für die Erwerbslosen beraten und die Gewerkschaften zwingen, das Geld der Arbeitslosen mit der Abwehr gegen die allgemeine Feuerung, gegen die Provokation der Unternehmer in den Lohnkämpfen zu verbinden.

# Wer provoziert?

## Kommunistenhebe des „Vorwärts“ und der bürgerlichen Presse.

Die bürgerliche Presse-lebt ihre gewissenlose Hebe gegen die Kommunisten und Unabhängigen fort. Sie spricht von „russischen Antrieben“ und läßt über die Absichten der Kommunisten das Wort vom Himmel herunter. Der Zweck ist offensichtlich, man will den biederen Spektator bange machen und zugleich verunsichern: die einseitige Front der Arbeiter wieder zu zertrümmern. Nichts fürchtet die Bourgeoisie und die mit der Stinnespartei zusammen reagierenden sozialdemokratischen Minister mehr als die Einigkeit der proletarischen Massen. Mit den schändlichsten Mitteln macht die bürgerliche Presse Propaganda für den Belagerungszustand, sie facht den Parteihader der Kommunisten. Und der „Vorwärts“ kann den trotzkigen Ruf für sich in Anspruch nehmen, als erster der ganzen Bourgeoisie die Parole zur Kommunistenhebe gegeben zu haben. Der „Vorwärts“ schreibt: „Die Dornen der Kommunisten jöhren.“

Das der „Vorwärts“ meint, ist klar: die sogenannte Märzaktion. Sie sind allerdings der Meinung, daß der „Vorwärts“ besonders nach dem Erscheinen der Verhandlungen des Unternehmungskonfliktes des Preussischen Landtags allen Anlaß hätte, die Märzaktion nicht allzu sehr in den Vordergrund zu stellen. Durch Kennerungen sozialdemokratischer Minister ist die Schuldfrage wohl ziemlich eindeutig geklärt worden. Sie brauchen nur an die Worte Seberings im „Eisbaer“ zu erinnern. Er äußerte sich wie folgt:

„Das Polizeigebot gegen Mitteldeutschland habe den Zweck gehabt, einen in Vorbereitung befindlichen Kommunistenaufstand vorzeitig zu eskalieren, um ihn mit Polizeigewalt niederzuschlagen und damit die kommunistische Gefahr bannen zu können.“

Der bürgerliche Kommunist für öffentliche Ordnung, Weissmann, hat ein Gebot mit Sebering wiedergegeben, in dem dieser auch, daß er

„den Vorwand in politischer Hinsicht nicht habe, zu Schwere zu bekommen, ihn niederzuschlagen zu lassen.“

Wir glauben, daß die hier zitierten Aussagen Seberings zur Genüge erläutern, wer die Hebe provoziert. Die Sozialdemokratie und ihre Minister sind die Urheber, die sich als revolutionäre hinstellen können. Infolge der revolutionären sozialistischen Arbeiterfront aber ist es in diesen Tagen, als proletarischen Absichten genügt zu machen.

# Reichsausschuß und Ernährungswelt.

Der Reichsausschuß des Reichsausschusses für Landwirtschaft und Ernährung hat sich nach langer Verhandlung mit Sachverständigen in seiner Sitzung am 21. November einen Bericht über die Zucker-, Reis- und Mehlversorgung gefaßt.

Die Zuckerproduktion, heißt es darin, ist zwar in Deutschland gering, hat aber noch immer mit dem Stand der Weltproduktion erreicht. Mit allen Mitteln ist die Deckung des Zuckerbedarfs erreicht worden. Die Mittel werden

nicht mehr genannt, vermutlich sind noch höhere Preise der Erzeugnisse der Rübenzucker gemeint.

Die Kartoffelernte, heißt es weiter, sei gleichfalls sehr knapp, wenn man mit den Futtermittelcharakteren rechnet. Kartoffelerzeuger, Kartoffelhändler, Behörden und Verbraucher sollten in einträglichem Zusammenarbeiten bemüht sein, die hier vorhandenen Schwierigkeiten zu beseitigen.

Was den Margarinemarkt anlangt, so ergab die Aussprache, daß die Preisbildung im Ausland begründet sei durch die Weltmarktpreise und daß diese Weltmarktpreise durch den Stand der deutschen Wälua bestimmt würden.

Der Ausschuss des Reichsausschusses für Landwirtschaft und Ernährung scheint seine Aufgabe darin zu sehen, alle bestehenden ungeheuerlichen Mißstände, die Unterproduktion in der kapitalistisch betriebenen Landwirtschaft, den Wucher der Margarinefabrikanten, den Wucher des Großhandels mit feinen Wharfen zu beschneiden. Die Interessen der gesamten werktätigen Bevölkerung verlangen ganz im Gegenteil, daß erstens einmal alle Mißstände klar und deutlich ans Tageslicht gebracht werden und daß zweitens die Produktion von Nahrungsmitteln kein profitables Geschäft ist, sondern eingestellt auf den Bedarf der Massen. Man darf freilich nicht erwarten, daß der kapitalistisch orientierte Reichsausschußrat dies durchsetzt, das kann einzig und allein das Werk der Organisationen der erwerbstätigen Massen selber sein.

# Werftarbeiterausperrung in Rendsburg.

Hamburg, 22. November.

Der „Hamburgische Correspondent“ meldet aus Rendsburg: Auf der hiesigen Werft Robiskrug ist die gesamte Arbeiterchaft von etwa 750 Mann wegen passiver Resistenz ausgesperrt worden. Es war eine sofortige Lohnerhöhung verlangt worden. Die Werft ist geschlossen.

Sieg der Danziger Arbeiter. Der Streik auf der Gewerkschaftsfabrik ist beendet worden. Die Arbeiter konnten der Leitung der Fabrik folgende Zugeständnisse abzwängen: Sämtliche Rüdigungen werden zurückgezogen (einschließlich des Mannes). Die Streiktage werden mit je 30 M. bezahlt. Die Belegschaft wählt sich in Zukunft ihre Meister selbst, der Arbeiterausschuß erhält ein Büro und das Recht, die Rekrutierung der Belegschaft selbst in die Hand zu nehmen.

# Gespannte Gegensätze in Washington.

## Japan gegen Amerika — England gegen Frankreich und Japan.

Die bisher geschicht verschleierte Gegensätze auf der Washingtoner Imperialistenkonferenz kommen seit den letzten drei Tagen mehr und mehr zum Ausbruch.

Einmal erscheint jetzt unverhüllt die Grundlage des ganzen Washingtoner Unternehmens: der Kampf Amerikas mit Japan. Hughes' Abrüstungs-vorschlag, der Japan an Anzahl und Gefechtswert der Kriegsschiffe stark benachteiligt, war der erste Vorstoß Amerikas. Ihn beantwortet jetzt die japanische Delegation mit einem Gegenangriff. Japan verlangt, daß seine Kriegsschiffe nicht von Amerika vorgezogen werden 60 Prozent 70 Prozent betragen solle. Es vertritt sein Verlangen mit unerwarteter Energie. Hughes antwortet damit, daß er bei einer Änderung seines Vorschlages die Fortsetzung der Konferenz für zwecklos hält.

Amerikas zweiter Schlag gegen den japanischen Imperialismus war die japanfeindliche Note der chinesischen Regierung, die, wie sich jetzt herausstellt, nicht in Peking, sondern in Washington geschrieben wurde und die Zurückziehung der japanischen Truppen, die Aufhebung der japanischen Vorherrschaft über Nordchina fordert. Japan nimmt diesen Stoß nicht widerstandslos hin, sondern erklärt, „daß seine Lebensinteressen bedroht wären, wenn es gezwungen werden sollte, die Mandchurie, die Mongolei und China zu räumen“. Die chinesischen Vertreter sind die Marionetten Amerikas. Japan kämpft zunächst gegen diese Marionetten, in Wahrheit aber richtet sich seine Abwehr wider die Vereinigten Staaten. Admiral Kato wendet sich in verbindlicher Form, aber mit scharfer Schärfe gegen den Versuch der Konferenz, über die innere Lage Chinas zu sprechen.

Außerfallens wäre Japan zu einer Räumung Schantung und zur Aufgabe des englisch-japanischen Bündnisses bereit. Zu einem Verzicht auf die südmandchurischen Bergwerke und die Erzlaager des Pangzats will es sich unter keinen Umständen herbeilassen. Hier steht Japan schroff gegen Amerika.

Von entscheidender Bedeutung ist die Stellung Englands. Die britische Bourgeoisie wendet sich seit den ersten Kongreßsitzungen von Japan ab und nähert sich immer sichtbarer Amerika. Dafür ist Lord Northcliffe's vorpestrische Rede in der Refuac englisch-amerikanischen Gesellschaft bezeichnend. Er fordert darin zu einer englisch-amerikanischen Zusammenarbeit in schärfster Gegnerschaft zu Japan auf. Die Londoner Presse ist auf den gleichen Ton gestimmt. Mit Recht schreibt die „Sunday Times“:

Der Eindruck vertieft sich, daß die Lage sich rasch auf den Punkt hin kristallisiert, wo England und Amerika eine vereinte Front gegenüber dem Programm von Hughes gegenüber dem Beharren Japans auf Abänderung bilden werden.

Seht England mit Amerika, so bekämpft es rücksichtslos den Helfer und Schützer des amerikanischen Imperialismus: Frankreich. Frankreich erwidert diesen Kampf aus Kräften. Briand kündigt seine große Rede über die Landabrüstung an, in der er gegenüber den britischen Vorwürfen die Notwendigkeit der gewaltigen französischen Militärmacht und die Unmöglichkeit ihrer Verminderung nachweisen will. Mit amerikanischer Unterstützung wird man nach Briands Rede die Landabrüstungsfrage in der Kommission begraben. Dies ist der Preis, den die französische Bourgeoisie für die Unterstützung Amerikas gegen England verlangt.

Was steht als bisheriges Ergebnis der Washingtoner Konferenz fest: Die Organismen mancher Utopisten auf eine großartige kapitalistische Weltorganisation sind schon jetzt in Nichts zerfallen. Geheirert sind von Sitzung zu Sitzung die imperialistischen Konflikte zwischen Japan und Amerika einerseits, zwischen England und Frankreich andererseits.

Günstwollen werden diese Konflikte nach dem System der „berühmten Tär“ in Kommissionsberatungen vertuscht. Es fragt sich, wie lange dies möglich ist.



# Der Preussische Landtag zum Lichtenburger Hungerstreit.

## Die Bourgeoisie, ihr Justizapparat und ihre Helfershelfer.

### Die Montag-Nachmittags-Sitzung.

Der abgeordnete Reichspräsident, Tagesordnung: Fortsetzung der Vorarbeiten. Nebenstehende Dinge, die als Verhöhnung wirken angesichts der Tatsache, daß 130 gefangene Arbeiter hungern, um frei zu werden, 130 Opfer einer reaktionären Schandjustiz, die entschlossen sind, auszuharren, hoffend auf die Hilfe ihrer Arbeitsbrüder.

Der amtl. Schwindler, die offizielle und halb-offizielle Lüge, verpöbelt die Luft. Alle Gefangenen sind wohl auf Befürchtungen und Angelegenheiten, — der Hungerstreit läßt nach. Auf die Tribüne, was sich die Lügner noch nicht. Auf die Tribüne, was sich die Lügner noch nicht. Auf die Tribüne, was sich die Lügner noch nicht.

Die Kommunisten sind wieder mit dem Eifer aus der Hungerburg nachgekommen. Sie fordern, daß die frischen gebildeten Regierungsmänner die Freilassung herbeiführen.

Die kommunistischen Anträge auf Freilassung aller politischen Gefangenen rufen eine lange Gesandtschaftsdebatte hervor. Welche Empfindungen müssen die Arbeiter auf den Tribünen bei dieser widerlichen Sache haben? Die Kommunisten, unterstützt von den Unabhängigen, verlangen, daß der Justizminister erscheinen soll. Er ist doch schon tagelang informiert, was wir tun? — Der Herr Minister hat Wichtigeres zu tun. Ein Vertreter des preussischen Justizministeriums war in der Hungerburg. Auch dieser Herr ist am Erscheinen verhindert. Er ist erschöpft! Was mag ihn so angegriffen haben? Etwa der Anblick der Hungergefaßten, die mit jähher Festigkeit standhalten, trotzdem sie seelische Qualen ausstehen müssen, trotzdem sie gepeinigt werden? Nein — das ist es nicht. Jynisch und frech zeigen die Bürgerlichen, die „christlichen“ Zeugniser ihr wahres Gesicht. Die Kommunisten schildern die Hungerqualen, sprechen von verzweifelt Angehörigen, von der Gärung der Arbeiter, die ihren gefangenen Brüdern helfen wollen. — Die bürgerliche Meute lacht. Die Mörder aus ihren Kreisen laufen frei herum. Und wie die fatten Bourgeoisvertreter über den verzweifelt Hungerkampf denken, zeigen die Zwischenrufe: „Sie sollen doch essen.“

Zu stummer Mut stehen Vertreter von Kapital und Arbeit sich gegenüber. Die Rechtssozialisten schweigen.

Der kommunistische Antrag auf Einberufung einer Abend-Sitzung, in welcher der Justizminister sich zu den kommunistischen Anträgen äußern soll, wird nach langem Hin und Her, gegen Volksparteiler und Deutschnationalen angenommen.

Nun wird stundenlang geredet über Fortverwaltung, Fortakademien.

### Abend-Sitzung.

Der Vorsitzende der nach Lichtenburg geschickten internationalen Kommission Oppenhoff (Str.) gibt als erster Redner einen kurzen Bericht. Ueber die Behandlung durch die Anstaltsdirektion sei nicht Beschwerde geführt worden. Lediglich über drei Beamte hätten die Gefangenen Klage geführt (also doch). Der Anlaß zum Hungerstreit sei die Verhöhnung der Gefangenen darüber gewesen, daß die Kapistellen frei herumlaufen, während sie eingesperrt seien. Der Hungerstreik von 130 politischen Verbrechern (Entscheidungsrufe links: Das sind keine Verbrecher!) sei am 12. d. M. spontan ausgebrochen. Zwangsmaßnahmen seien nicht angewendet worden. (Zuruf bei der A.B.: Sips hat man hingeschafft.) Man müsse annehmen, daß von außen gehetzt worden sei. (Stürmische Entscheidung links.)

Der Hungerstreik verleihe die Staatsautorität, diese müsse unangefastet bleiben. Der Ausschuss empfiehlt entgegen den die Freilassung fordernden Kommunisten: Nachprüfung einzelner Fälle und Unterstützung bedürftiger Angehöriger.

### Menzel (Halle), Antragsteller (Komm.):

Meine Damen und Herren, wir stehen hier vor einer Tragödie, wie sie in früheren Zeiten nur unter den blutdürstigen Tyrannen in Asien möglich war. (Lachen rechts.) Diese Tragödie, welche sich jetzt in Lichtenburg abspielt, dauert schon von länger her. Als ich das erste Mal dort war, waren die Gefangenen, trotzdem sie alle das Gefühl der Unschuld im Herzen tragen, einigermaßen mutig und gefaßt, ihr schweres Los zu tragen. Als ich zum zweiten Male kam, konnte ich die Leute fast nicht wieder. Wenn der „Vorwärts“ schreibt, es wären viele Menschen darunter, die vorbestraft sind, so ist das nicht wahr. Von 100 sind vielleicht 2 vorbestraft, aber merkwürdigerweise waren die meisten im Besitz des Ehrenkreuzes 1. und 2. Klasse und schwerer Kriegsverdienste. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Man hatte freude Schupo geholt, die nach Blut dürstete, und nun mußten bei den Bajonetten auch unsere Leute wie die Haiseln bei der Jagd auf dem engen Hof herumlaufen, und mit gefaßtem Karabiner schüßbereit stand die Schupo da. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) um jeden Augenblick auf unsere Leute loszulassen.

Soeben geht ein Telegramm aus Düsseldorf zu, wo 1000 in der Tonhalle versammelte Arbeiter die sofortige Freilassung der im Lichtenburger Zuchthaus befindlichen hungernden Arbeiter und darüber hinaus Amnestie für alle Arbeiter die wegen politischer Verbrechen verhaftet sind, verlangen. Sie verlangen die Freiheit dieser Leute. Und gestern und heute sind

aus dem ganzen Reich Deputationen von Arbeitern gekommen, welche das Gleiche fordern.

Die Stimmung unter den Gefangenen war damals, wie gesagt, eine gute. Und wie geduldig unsere Leute sind, kann man daraus erkennen: als ich an jenem Anstaltstag dort war, lagen die Leute auf bloßer Erde auf Strohsäcken in großen Sälen, und als ich den Leuten saate, beschwert Euch nicht unmaß über Sachen, für die die Anstaltsleitung nicht dafür kann, jedenfalls hat die Anstaltsleitung keine Dettien, so haben die Leute das getan. Sterbende und Hungernde liegen auch heute noch dort auf bloßer Erde. (Wutruf links.)

Wenn nun der „Vorwärts“ schreibt, daß ein Teil der Häftlinge den Hungerstreik bereits aufgegeben habe, so ist das nicht wahr. Diese Berichte sollen nur dazu dienen, um das Bewußtsein der Arbeiter zu trüben im Lande zu verüben.

Wenn dann der „Vorwärts“ schreibt, daß wir am Sonntag die Logung hier verhandelt hätten, so ist das einfach nicht wahr. Wir haben erst dann Oppositionen getrieben, als man meinem Genossen Schulz im Redaktionsrat vorgelesen hatte, daß man für die Gefangenen etwas tun wolle, und als wir dann hörten, daß jene Kommission nichts für die Gefangenen übrig hatte, erst dann haben wir gesagt, wir wollen auch das übrige Geschicks in diesem Sinne nicht mehr hören.

So mancher von den Bürgerlichen hat mich gefragt, warum denn die Leute in den Hungerstreik eingetreten sind? Die Leute die so klug, haben das Gefühl der Unschuld im Herzen und sehen keine andere Möglichkeit mehr, herauszukommen.

Der Kritiker in der „Freiheit“, Herr Dr. Schmidt, der zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, der von Begünstigung

und Idealismus erfüllt ist, ist der Sohn hochanständiger Eltern in Plettenburg im Sächsischen. Sein Vater ist seit 7 Jahren Gemeindevorsteher in jenem Dorf. Dieser Mann konnte im Termin Zeugen liefern, die beweisen konnten, daß er zu der Zeit, als die Sprengung erfolgte, überhaupt nicht am Tatort war. (Hört, hört! bei den Komm.) Diese Zeugen wurden aber verworfen, denn wer nach Raumburg kam, war verurteilt, ohne daß er etwas begangen hatte. (Sehr wahr! bei den Komm.) Dieser Mann bekam 7 Jahre Zuchthaus. (Menzel spricht über andere Fälle.)

Und wenn Sie immer in feiboler Weise gerufen haben: warum essen die Leute nicht, dann will ich Ihnen das verraten. Wenn diese Leute einen Revolver oder einen Strick hätten, um sich aufhängen zu können, dann hätten sie längst ihrem elenden Leben ein Ende gemacht. (Hört, hört! bei den Komm.)

Dort in Lichtenburg sitzt auch ein Familienvater aus Torgau, der zehn Kinder hat. Er hat eine Handgranate in die Hand genommen und auf Grund dieses Delikts, das unter das Sprengstoffgesetz fallen soll, ist der Mann zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. (Hört, hört! und stürmische Wutrufe bei den Komm.)

Der Major Folke, der nach Mitteldeutschland geschickt wurde, hätte nichts weiter in seinen Händen, als eine Liste der Kommunisten, die er gefangen sehen sollte. (Sehhaftes Hört, hört! bei den Komm.)

Alle jene armen Opfer, die in Nordhausen oder Raumburg vor die Sondergerichte kamen, wurden auf Grund der erprehten Geständnisse verurteilt. Die Gefangenen wurden vorher mißhandelt.

Kommunistische Zeitungen dürfen die Gefangenen nicht lesen. Nun greifen sie zu den mehrheitssozialistischen Blättern, und wenn die Leute lesen, wie jener Drechtleitendruck in Görlitz eine Rede hielt, in der er sich gegen jede Amnestie wandte, wie muß jenen Leuten in ihrer einsamen Zuchthauszelle, in die sie durch die erprehten Geständnisse gekommen sind, zumute sein, wenn sie lesen müssen, wie sie von ihren eigenen Massen-genossen, von denen sie glauben, daß es Arbeitervertreter sind, verraten werden. Die Gefangenen wissen ganz genau, daß heute noch kein einziger Kapist ist, daß Erzbergers Mörder niemals gefaßt werden, weil die Mörderbaube, die Deutschland beherrscht, die Mörder von Erzberger nicht haben will.

Was die Leute am meisten drückt, das ist der Hunger der Familie. Es sind über 100 Familienväter, die dort in Lichten-

## Postabonnenten

Wenn eine Unterbrechung des Bezuges unserer Zeitung nicht eintreten soll, muß die Erneuerung beim zuständigen Postamt in den Tagen bis zum 28. November dieses Jahres vorgenommen werden.

Der Verlag.

burg schmachten, und die meisten Frauen und Kinder sitzen ohne Unterstützung da. Oppenhoff hat uns hier herübergehende Hoffnungen gemacht, wie es in Lichtenburg aussähe. Ich habe aber heute von einem Arzt Nachricht bekommen, der bestätigt konnte, daß von den 125 Gefangenen am 19. nachts 31 nach Torgau abtransportiert worden sind. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) daß der Gesundheitszustand dieser Gefangenen äußerst betrübend ist. Bei den Hungernden macht sich eine zunehmende Entkräftung mit Herzschwäche, Ohnmachten und Krampfanfällen bemerkbar, teilweise vorgeschrittene Apople. Bei den meisten ist Mund- und Speiseröhrenentzündung eingetreten. Man hat 31 Leute aus Lichtenburg herausgerissen, eine große Anzahl schwacher, kriegsbeschädigter Leute mit einem Arm oder einem Bein und diese Leute bringt man nach jener Halle von Jüna.

(Hört, hört! bei den Kommunisten.)

In Lichtenburg geht man daran, die Gefangenen dort mit einer Tortur zu belegen: in die Zellen und Säle, wo die hungernden Gefangenen auf der Erde, auf elendest Strohlager liegen, legt man einen Kriminalgefangenen hinein, und der muß dort die besten haben essen. (Stürmische Hört, hört! bei den Kommunisten.) Man gibt den Leuten die Briefe, die Schmerzschreie der Angehörigen zu lesen, um sie mürbe zu bekommen.

Verhindern Sie wenigstens, daß die Leute nach Fort Jüna nach Torgau kommen. Aber Herr Justizminister, Sie gehen schnell in den Keller, wenn es so weit ist. Treiben Sie es nur so weiter, Sie sind auf dem besten Wege, viel Wasser auf unsere Mühlen zu gießen.

Der Abtransport nach Jüna ist eine Grausamkeit. Fort Jüna ist von unseren Strafanstalten in Preußen die schlimmste. Ich habe gesehen, daß Gefangene das Blut am Gesichte herunterfließen, und wenn sie ihr Stuhlgang nicht schaffen, wurden sie disziplinarisch bestraft. (Wutruf bei den Kommunisten.) Die Zellen, in die sie hineingeworfen werden, sind in der ganzen Welt hinaus nicht zu finden.

Es ist wie auf dem Rißhaus, und in der Zelle, in denen früher ein Mensch unterbracht wurde, sind heute 3 oder 6 Menschen von den politischen Gefangenen eingepfercht. (Hört, hört! bei den Kommunisten.)

Wenn Arbeiterdeputationen kommen, dann ist der Herr Minister nicht zu brechen. Arbeiterblut kostet ja nichts: Arbeiter werden hingerichtet, für die Arbeiter gibt es kein Recht. Ich konstatiere das hier vor dem ganzen Lande, in die ganze Welt hinaus möchte ich es schreiben.

Hast in keiner Anstalt eine Bibliothek da? Ich sah, wie Gefangene an den langen Bänken saßen, sich anstrebten, kein lautes Wort reden, nicht rauchen durften, nicht zu lesen hatten, (Hört, hört! bei den Komm.) weil in der Gemeinschaftskammer lesen verboten ist. Die Saal, die hier ansteht, wird hie die Kräfte tragen. Die Leute empfinden es als Unrecht, daß sie ihr Pensum machen müssen, sie sind auf ihrer Arbeit herausgerissen und werden um ihre Arbeitskraft betrogen. Die Gefangenen bekommen nur wenig Befugnisse für ihre Arbeit; das andere Recht der Kapitalisten.

Wie kommen Sie dazu, in den Gefangenen und Angehörigen, nachdem gefehlt der Kämpfer in Deutschland, den Arbeiter die Arbeitslosigkeit und 10 Stunden Arbeitszeit? (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Das allerhöchste Kapital ist die ärztliche Behandlung. Keine Rücksicht wird genommen.

Die politischen Gefangenen müssen Hörsälen über sich ergoßen lassen. Hilfe wird nur kommen, wenn die Arbeiter sich zusammenfinden, wenn sie pfeifen auf die von Stimmes abhängigen Führer, wenn sie durch Kampf den gräßlichen Leiden ihrer gefangenen Brüder ein Ende machen.

Nur die Arbeiterklasse kann diese Befreiung durchsetzen. (Stürmischer Beifall bei der A.B. und U.S.P.)

### Die Erklärung des Regierungsvertreters:

Mein Vertreter des Staatsministeriums: In der Strafanstalt Lichtenburg sind aus den Unruhen eine Anzahl Gefangener verwahrt. (Zuruf bei den Komm.: Verwahrt? Gemeine Behandlung nennen Sie Verwahrung!) Diese Leute sind durch Sondergerichte verurteilt. Die Sondergerichte sind Sache des Reichs. Das Amnestierecht steht dem Reich zu. (Lärm und Zurufe bei den Komm.) Die preussische Justizverwaltung ist nicht berechtigt, die Leute ohne Zustimmung der Reichsjustizverwaltung aus der Anstalt zu entlassen.

Die Leute werden in preussischen Anstalten verwahrt auf Ersuchen des Reichs. Als nun vor etwa länger als einer Woche etwa 125 bis 130 dieser Gefangenen in einen Hungerstreik eintraten, bestand die Rechtspflicht für die Justizverwaltung, diese unglücklichen Leute am Selbstmord zu hindern. (Lärm und Zurufe bei den Komm.: Zu entlassen!) Entlassen konnte sie nicht, weil sie das nicht durfte. (Zurufe bei den Komm.: Altwig von Hirschfeld.) Der Reichsjustizminister hat Kenntnis davon und seine Sache ist es, zu beschließen, was mit den Leuten werden soll. Was unser Strafvolkzug nicht so herborragend sein, wie man ihn sich denken könnte, aber ich behaupte: der deutsche Strafvolkzug kann sich auch heute noch, in unserer elenden Zeit sehen lassen. (Lachen, Wutrufe und Zurufe bei den Komm.)

Wenn Sie einer Bevölkerung nicht mehr Brot geben können, können Sie den Gefangenen wahrscheinlich erst recht nicht mehr Brot geben. (Stürmische Zurufe bei den Komm.: Der Mann hat eine eiserne Stirn!) Und was die Bekleidung anlangt, so war sie natürlich in den Tagen, als die Massen eingekerkert wurden, im Augenblick nicht zu beschaffen. Was die Verpflegung angeht, so ist es beispielsweise längst abgeschafft, daß die Leute an die Wand gestellt werden. Der Briefwechsel und der Besuchsverkehr erfolgt nach der Anordnung, welcher der frühere Justizminister Dr. Rosenfeld im Jahre 1918 erlassen hat. (Hört, hört! rechts.) Die Zeitungen werden den Leuten ausgehändigt (Zuruf bei den Komm.: Lüge!) aber natürlich mit Ausnahmen. (Zuruf: Selbst Abg. Schölen bekommt keine Parteifläter!) Das ist ein Akt der Nothwehr des Staates. Es werden durch das Aufheben gegen den Staat die letzten Grundlagen der Staatsverwaltung erschüttert.

Es wird beanstandet, daß wir die Einzelhaft als Disziplinarstrafe verhängt hätten. Das ist niemals geschehen. (Einzelhaft ist als eine der besten anerkannt. Lebhaftige Zurufe bei den Komm.) Ich glaube, auf alle Angriffe, die der Abgeordnete Menzel erhoben hat, hier nicht weiter eingehen zu sollen und die Zeit nicht unmaßig zu verbrauchen. (Stürmische Wutrufe bei den Komm. — Lebhaftige Zurufe bei den Komm.: Ist das alles?)

Aus Entkräftung der wichtigen Anklagen des Gen. Menzel schickte die Justizverwaltung den Dr. Humann vor. Mit einem Jynismus ohne gleichen suchte er die einzelnen, von unserem Genossen vorgebrachten Fälle zu rechtfertigen. Daß dem einen Gefangenen die Daumen abgenommen werden mußten, ist für ihn nichts besonderes. Jynisch erklärte er: Dieser Gefangene hatte noch Glück, er ist übrigens mit seiner Lage ganz zufrieden. Er bestreitet weiter, daß die Gefangenen im Verkehr mit den Anstaltsbeamten das Gesicht gegen die Wand lehnen müssen. Wenn es noch vorkomme, so geschehe das „aus alter Gewohnheit!“ Daß der Anstaltsdirektor für Gefangene nicht gelte, könne man bei jedem Juristen erfahren. Es sei auch nicht gut, wenn die Gefangenen nichts zu tun hätten. Er gibt zu, daß es in den Gefängnissen zu viele stützige Nahrung gäbe. Um das Essen aber so herzurichten, wie es erwünscht wäre, müßten 20 Millionen Mark in den Etat mehr eingesetzt sein. (Der Staat „part“ also 20 Millionen Mark, indem er seine Gefängnisse langsam verhungern läßt.) Bei den Spaziergängen im Hof der Gefängnisse dürfe nicht gesprochen werden, weil das mit der Ordnung nicht zu vereinbaren sei. Dr. Humann gibt weiter zu, daß es mit Literatur für die Gefangenen schlecht bestellt ist, daß im Etat für diesen Zweck für die 1200 Anstalten ganze 100 000 Mark eingesetzt seien. Daß den Kommunisten in den Gefängnissen und Zuchthäusern keine Parteizeitungen zugelassen werden, ist für ihn eine Selbstverständlichkeit. Was soll er sich aber noch lange um die vom Genossen Menzel vorgebrachten Fälle kümmern! Er erklärt einfach im Namen seiner Regierung, die Justizverwaltung kann keine Mißstände entdecken, es sind also auch keine abzumelden.

Kritiker, der Rechtssozialist, der merkt, daß die Tribünen voller Arbeiter sind, wendet sich zuerst vor forma gegen rechts. Die Justiz sei ein blutergießender Körper im Staate. Wenn die Arbeiter draußen über Lichtenburg so erreat seien, so trage die Schuld daran vor allen Dingen die Tatsache, daß kein einziger Verbrecher von rechts in den Gefängnissen liege, sondern nur Arbeiter. Er sei aber gegen eine allgemeine Amnestie, weil unter den Gefangenen auch gemeine Verbrecher seien. Weiter sei eine Amnestie für Gefangene nicht möglich, deren Porole sei: Wiederholung der Märkämbe. Man müsse den Staat schützen. Kritiker spricht beachtliche Worte über die Ungerechtigkeit und Brutalität der Sondergerichte: er appelliert an das „moralische Gewissen“ der Richter. Die Kommunisten rufen ihm zu: Wer hat die Sondergerichte eingesetzt? Appellieren Sie doch an das Gewissen Eberts! Zur Prüfung der Anklagen des Genossen Menzel verlangt er die Einsetzung einer Kommission aus parlamentarischen Vertretern.

Dr. Schmidt von Zentrum, ein katholischer Geistlicher und Gefängnisdirektor, bedauert aufs tiefste den Hungerstreik in Lichtenburg.

Doktor Gohn von der U.S.P. zeichnet den Lichtenburger Hungerstreik als das Symptom für den vollkommenen Zusammenbruch des Strafvollzugs. Es müsse schämen haben, wenn mehr als 100, zum Teil junge Menschen, so weit gekommen sind, durch Selbstmord ihrem Leben ein Ende zu bereiten. Um auf die Gründe, die zum Hungerstreik führten, hinzuweisen, stellt er eine Anzahl sehr unruhiger Fragen: Wie waren die Gefangenen beschäftigt? Hatten sie geistige Ablenkung, Bücher, Zeitungen? Wie war der Briefwechsel, wie der Besuch? Durften sie Pakete empfangen? Hat man den armen Frauen der Gefangenen den Besuch ihrer Männer ermöglicht, indem man ihnen das Besondere gab? Was hat man für die nolleibenden Familien der Gefangenen getan? Nichts hat man getan, was es aus den Reihen der Kommunisten.

Der Vertreter der Deutschnationalen gab für seine Partei die Erklärung ab, daß er den Standpunkt der Justizverwaltung billige. Die Gefangenen seien aufgehört worden, das Ganze sei nur eine kommunistische Agitation.

Genosse Rab: Die Mißstände in den Zuchthäusern und Gefängnissen haben in der gesamten Arbeiterklasse über



den Maßnahmen der Partei hinaus zu gehen und die Revolution zu... Die Revolutionäre haben die Aufgabe, die Arbeiterklasse zu... Die Revolutionäre haben die Aufgabe, die Arbeiterklasse zu... Die Revolutionäre haben die Aufgabe, die Arbeiterklasse zu...

Ständel von der Deutschen Arbeiterpartei warnt vor... Ueberhebung des Begriffs der Revolution. Auch er behauptet... Ueberhebung des Begriffs der Revolution. Auch er behauptet... Ueberhebung des Begriffs der Revolution. Auch er behauptet...

# Die Tagung des Zentralausschusses der KPD.

(Fortsetzung und Schluß aus der letzten Nummer.)  
Anschließend ist Genosse Vogel erschienen und er erklärt... nachdrücklich das Wort zu seinem Referat über...

## Die neue Wirtschaftspolitik Sowjetrusslands.

Es ist nicht zu leugnen, daß der russische Kurs, der in... Sowjetrusslands. Es ist nicht zu leugnen, daß der russische Kurs, der in... Sowjetrusslands. Es ist nicht zu leugnen, daß der russische Kurs, der in... Sowjetrusslands. Es ist nicht zu leugnen, daß der russische Kurs, der in...

Der Krieg, den Sowjetrussland führen mußte, hatte zur... Folge eine Kriegswirtschaft, d. h. eine Konzentration der... Folge eine Kriegswirtschaft, d. h. eine Konzentration der... Folge eine Kriegswirtschaft, d. h. eine Konzentration der...

Die Verhältnisse der Klassenkräfte haben sich... in Russland bei den letzten vier Jahren geändert, und zwar zum... in Russland bei den letzten vier Jahren geändert, und zwar zum... in Russland bei den letzten vier Jahren geändert, und zwar zum...

Nichtbürger im Lande gefunden habe, beweise, daß die... Revolutionäre... Revolutionäre... Revolutionäre... Revolutionäre... Revolutionäre...

Tamit schloß um 14 Uhr morgens die Besprechung dieses... Punktes der Tagesordnung. Es kam zur Abstimmung. Mit... Punktes der Tagesordnung. Es kam zur Abstimmung. Mit... Punktes der Tagesordnung. Es kam zur Abstimmung. Mit...

Es folgte als Abschluß der Sitzung eine lange Geschäfts... ordnungsbeschlüsse, als das Präsidium auf die Tagesordnung der... ordnungsbeschlüsse, als das Präsidium auf die Tagesordnung der... ordnungsbeschlüsse, als das Präsidium auf die Tagesordnung der...

man dazu, von den Bauern ein bestimmtes Pro... duktionsprogramm zu fordern und den Ueber... duktionsprogramm zu fordern und den Ueber... duktionsprogramm zu fordern und den Ueber...

Warenaustausch durch den freien Handel... bewerkstelligen. Das bedeutet aber nichts anderes, als die... bewerkstelligen. Das bedeutet aber nichts anderes, als die... bewerkstelligen. Das bedeutet aber nichts anderes, als die...

Es wird also ein Zustand kommen, wie ihn die Sozialdemo... kraten proklamieren haben. Die Klein- und Mittelindustriellen... kraten proklamieren haben. Die Klein- und Mittelindustriellen... kraten proklamieren haben. Die Klein- und Mittelindustriellen...

Die reifen Industriezweige sozialisiert... sind. Aber trotzdem besteht ein ganz gewaltiger Unterschied... sind. Aber trotzdem besteht ein ganz gewaltiger Unterschied... sind. Aber trotzdem besteht ein ganz gewaltiger Unterschied...

Sie wird es in Russland weitergehen? Wenn... die Kapitalisten eine gewisse ökonomische Macht haben, so... die Kapitalisten eine gewisse ökonomische Macht haben, so... die Kapitalisten eine gewisse ökonomische Macht haben, so...

Die proletarische Diktatur in Russland ist vorläufig... unerschütterlich ist. Das Bauerntum hat wieder Vertrauen bekommen... unerschütterlich ist. Das Bauerntum hat wieder Vertrauen bekommen... unerschütterlich ist. Das Bauerntum hat wieder Vertrauen bekommen...

Das Bauerntum hat wieder Vertrauen bekommen und es wird... gelingen, für die nächste Zeit die Wirtschaft wieder zu befestigen... gelingen, für die nächste Zeit die Wirtschaft wieder zu befestigen... gelingen, für die nächste Zeit die Wirtschaft wieder zu befestigen...

Konferenz der Genossen Müller. Man hat bei der Berliner Organisation... Konferenz der Genossen Müller. Man hat bei der Berliner Organisation... Konferenz der Genossen Müller. Man hat bei der Berliner Organisation...

Resolution die Erfassung der Gold- und Sachwerte unter... Kontrolle der Arbeiterklasse. Wir sehen die Gefahren der Zentrale... Kontrolle der Arbeiterklasse. Wir sehen die Gefahren der Zentrale... Kontrolle der Arbeiterklasse. Wir sehen die Gefahren der Zentrale...

Wir dürfen den letzten Anruf des DSW nicht kritiklos... behandeln. Im Grunde bedeutet er nicht eine Wendung gegen... behandeln. Im Grunde bedeutet er nicht eine Wendung gegen... behandeln. Im Grunde bedeutet er nicht eine Wendung gegen...

## Die Diskussion:

Genosse Meyer: Die Resolution der Zentrale ist kein... Abweichen von Kena. Das Beispiel der Eisenbahnen zeigt, daß... Abweichen von Kena. Das Beispiel der Eisenbahnen zeigt, daß... Abweichen von Kena. Das Beispiel der Eisenbahnen zeigt, daß...

Stolzenburg (Dortmund) ist prinzipiell für die... Resolution der Zentrale. Wir müssen gegenwärtig die Loslösung... Resolution der Zentrale. Wir müssen gegenwärtig die Loslösung... Resolution der Zentrale. Wir müssen gegenwärtig die Loslösung...

Beder (Hamburg): Bei den Massen der sozialdemokrati... schen Arbeiter ist die Forderung der Goldwerte an den Staat... schen Arbeiter ist die Forderung der Goldwerte an den Staat... schen Arbeiter ist die Forderung der Goldwerte an den Staat...

Eberlein: Genossin Müller scheidet die Auffassungen... in eine opportunistische und eine radikale. Diese Definition... in eine opportunistische und eine radikale. Diese Definition... in eine opportunistische und eine radikale. Diese Definition...

# Ausland.

## Generalfreist in Venedig.

(Intel) Rom, 21. November. Die Verhandlungen zwischen dem Generalfreist der Arbeit... (Intel) Rom, 21. November. Die Verhandlungen zwischen dem Generalfreist der Arbeit... (Intel) Rom, 21. November. Die Verhandlungen zwischen dem Generalfreist der Arbeit...

Der Generalfreist in Sizilien hat durch den Au... schluss der Gemeindefreisten und durch die Einstellung des... schluss der Gemeindefreisten und durch die Einstellung des... schluss der Gemeindefreisten und durch die Einstellung des...

## Pogrome in Budapest.

(Intel) Wien, 21. November. Nach Meldungen der „Arbeiterzeitung“ fanden in den letz... (Intel) Wien, 21. November. Nach Meldungen der „Arbeiterzeitung“ fanden in den letz... (Intel) Wien, 21. November. Nach Meldungen der „Arbeiterzeitung“ fanden in den letz...

## Radikalisierung der amerikanischen Arbeiter.

Die American Federation of Labour, unter Leitung von... Compton, hat seit Anfang d. J. eine Million Mitglieder ver... Compton, hat seit Anfang d. J. eine Million Mitglieder ver... Compton, hat seit Anfang d. J. eine Million Mitglieder ver...

## Die Indier verweigern den Heeresdienst.

(London, 21. November. In der Schlußsitzung des Allindischen Kongresses forderte... (London, 21. November. In der Schlußsitzung des Allindischen Kongresses forderte... (London, 21. November. In der Schlußsitzung des Allindischen Kongresses forderte...